PRESSEINFORMATION

DIE **RODGAU**PARTEI

PRESSESPRECHER

Ulrich Jung

Leipziger Ring 185
63110 Rodgau
Fon 06106 – 7 4227
Mobil: 01702444296
e-mail:
jung-rodgau@t-online.de

Kooperation segelt unter falscher Flagge

CDU: Grundsteuererhöhung deckt allgemeines Haushaltsdefizit

Die CDU Rodgau weist ausdrücklich die Behauptung zurück, die soeben von der Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Erhöhung der Grundsteuer B diene der Finanzierung von Aufgaben der Stadt im Bereich Bildung. „Hiermit soll nur die öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit dieser Erhöhung unterdrückt werden“, erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Heiko Lautenschläger.

Die CDU weist weiter darauf hin, dass bereits in der Stellungnahme des Sozialdezernten Michael Schüßler (FDP) gegenüber der Kommunalaufsicht deutlich werde, dass die Stadt in diesem Bereich Gestaltungsspielräume habe, die sie in eigenem Ermessen ausüben könnte.

Schon die Einbringung des Antrages, kurz vor Ende der eigentlichen Haushaltsberatungen, zeige, dass hier „der Versuch unternommen werden soll, diese Erhöhung möglichst aus jeder öffentlichen Diskussion herauszuhalten. Die willkürliche Verknüpfung der Grundsteuer-Erhöhung mit dem Bereich Bildung soll das Thema tabuisieren. Die Kooperation greift den Bürgerinnen und Bürgern – in diesem Fall Hausbesitzern und Mietern - schamlos in die Tasche“, so Lautenschläger in einer Presseerklärung. Mit Blick auf die Höhe des Defizits im Sozialbereich des städtischen Haushalts, lassen sich nach Ansicht der Christdemokraten Erhöhungen der Grundsteuer in Zukunft Jahr für Jahr begründen.

Die CDU hat sich gegen die Erhöhung der Grundsteuer ausgesprochen. „Zuerst müssen die Einsparpotentiale im städtischen Haushalt rigoros ausgenutzt werden“, weist Lautenschläger auf die von der CDU vorgetragenen Argumente, die gegen eine Erhöhung sprechen hin.

Die CDU hatte während der Haushaltsberatungen erneut betont, dass weitere Millionenbeträge eingespart werden könnten. Beispielhaft nennt die Union in diesem Zusammenhang die Einführung einer modernen Gebäudebewirtschaftung, Facility Management und vor allem die seit mehr als fünf Jahren überfällige Verwaltungsstrukturreform mit einem modernen Personalkonzept.

Nach wie vor steht für die Union die Frage im Raum, ob mit der Erhöhung der Grundsteuer B nicht in Wirklichkeit die Kosten für den hauptamtlichen Stadtrat beigetrieben werden sollen.

- 27. Februar 2010 -